



## Winnenden

### Stadtrundgang klärt über unbewussten Konsum auf

Auf Einladung der Volkshochschule kommen sieben Leute zur Führung

► Seite B 1

## Berglen

### Ohne Heizung, archaisch und ein bisschen Toskana

Bildhauer Michael Schützenberger in seinem neuen Domizil in Streich

► Seite B 3

## Rems-Murr

### Journalist Hebel und die Mehrheit links der Mitte

Der Leitartikler sprach auf Einladung der SPD in Schwaikheim

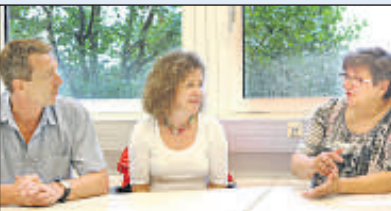
► Seite C 1

## Rems-Murr

### Das Afrika-Projekt der Winnender Albertville-Schule

Das Afrika-Hilfsprojekt der Albertville-Realschule (wir berichteten) ist gut in die Gänge gekommen, dank des Geldes bekommen seit Mitte Juli fünf Kinder in Hoachanas, Namibia, täglich eine warme Mahlzeit. Eine Zwischenbilanz im Gespräch mit dem Ehepaar Marx und Maria Lerke von der ökumenischen Schulgemeinschaft (Foto: Schneider).

► Seite C 4



Das Ehepaar Marx und Maria Lerke.

## Wir sind für Sie da

**Aboservice** (071 51) 566-444 aboservice@zvw.de

**Anzeigen** (071 51) 566-411 anzeigen@zvw.de

**Redaktion** (0 71 95) 69 06 - 49 winnenden@zvw.de

**Lokal** (0 71 51) 566 - 275 kreis@zvw.de

**Kreis** (0 71 51) 566 - 262 sport@zvw.de

**Sport** sport@zvw.de

## Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
8438,12 Pkt. + 22,36 Pkt.	2852,08 Pkt. + 10,47 Pkt.	1,3246 Dollar - 0,49 Cent

## Wetter



Mittags 25°  
Nachts 11°

Viel Sonne und Wolken wechseln sich ab



## Rainer Brüderle startet seinen Wahlkampf im Remstal



Zwei Monate war Rainer Brüderle nach seinem Unfall außer Gefecht gesetzt. Vor wenigen Wochen hat er einen Auftritt in Remshalden aus gesundheitlichen Gründen noch absagen müssen.

Gestern Abend hat der FDP-Spitzenkandidat im Schnaitmann-Forum in Grunbach seinen Wahlkampf eröffnet. Brüderle zeigte sich in guter Form und hat die Erwartungen der rund 200 Zuhörer erfüllt: eine Prise Polemik hier, eine ge-

hörige Portion Selbstlob dort – und die politische Konkurrenz bekam die groben Seitenhiebe ab (Bild: Habermann).

► Seite C 1

## Grüne wollen ausländische Studenten zur Kasse bitten

Fraktionschefin hofft auf Millionen-Einnahmen – EU-Angehörige nicht betroffen

Um die grundgesetzlich vereinbarte Schuldenbremse einzuhalten, muss Baden-Württemberg bis 2020 rund 1,8 Milliarden Euro dauerhaft einsparen. Auf der Suche nach Einsparmöglichkeiten nehmen die Grünen jetzt Studierenden aus Nicht-EU-Ländern in den Blick.

VON JAN SELLNER, HILMAR PFISTER UND MARIA WETZEL

STUTTGART. Die Vorsitzende der Grünen-Landtagsfraktion, Edith Sitzmann, 50, hat im Gespräch mit unserer Redaktion vorgeschlagen, von ausländischen Studierenden Studiengebühren zu erheben: „40 Prozent

der Studierenden an den Musikhochschulen kommen aus Nicht-EU-Ländern. Wir prüfen, ob wir für diese Gruppe an sämtlichen Hochschulen Studiengebühren einführen können“, sagte Sitzmann am Mittwoch. Der Betrag könne zwischen 500 und 1000 Euro pro Semester liegen. Betroffen wären jedoch nur Studierende aus Staaten außerhalb der Europäischen Union: „Für Studenten aus EU-Ländern geht das EU-rechtlich nicht“, sagte Sitzmann.

Nach den jüngsten verfügbaren Zahlen des Statistischen Landesamtes studierten im Wintersemester 2012/2013 rund 28 000 Nicht-EU-Bürger an baden-württembergischen Hochschulen. Etwa 11 900 Studierenden kamen aus Ländern der Europäischen Union. Die Zahl der deutschen Studierenden betrug rund 290 000.

Sitzmann sagte, sie gehe davon aus, dass sich die betroffene Gruppe Studiengebühren finanziell leisten könne: „In der Regel stammen diejenigen, die aus den USA oder Asien zu uns kommen, nicht aus den ärmsten Elternhäusern.“ Die möglichen Einnahmen bezifferte die Freiburger Grünen-Politikerin auf „einen zweistelligen Millionenbetrag“. Gleichzeitig verteidigte Sitzmann die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren (500 Euro pro Semester) durch die Landesregierung. Dies sei kein Fehler gewesen.

Nach Auskunft des Stuttgarter Wissenschaftsministeriums hat der Freistaat Sachsen als bisher einziges Land seinen Hochschulen das Recht eingeräumt, Studiengebühren von Nicht-EU-Bürgern zu erheben. Praktiziert werde das nur an der Musikhochschule Leipzig.

## Besser spät als Niebel

Nach Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) hat nun überraschend auch die Opposition die Späthaffäre für beendet erklärt. Man habe nur ein Spähhübschen gemacht, lautete die spärliche Begründung von SPD und Grünen. Hintergrund des Sinneswandels sind offenbar Aussagen eines Wahlforschers, denen zufolge bisher hauptsächlich die FDP von dem Streit um das Ausspähen von Daten profitiert. Ginge es so weiter, könnten die Liberalen bei der Bundestagswahl womöglich doch die Fünf-Prozent-Hürde meistern. Das aber wäre für die Opposition nach Angaben eines Insiders das größere Übel: „Besser der Ami spät uns aus, als dass der Niebel Entwicklungshilfeminister bleibt.“ (rai)



## Deutschland zieht Euro-Raum aus dem Tief

Rezession überwunden – Wachstum in Portugal am stärksten

WIESBADEN/BRÜSSEL (StN). Angetrieben vom Konjunkturmotor Deutschland hat die krisengeplagte Euro-Zone nach anderthalb Jahren Misere den Weg aus der Rezession gefunden. Die größte Volkswirtschaft des Währungsraums war im zweiten Quartal nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamts um 0,7 Prozent gewachsen – so stark wie seit Anfang 2012 nicht mehr. Auch Nachbar Frankreich, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone, legte überraschend deutlich um 0,5 Prozent zu, nachdem seine Wirtschaft zuvor im Winter zweimal in Folge geschrumpft war.

Da die Wirtschaftsleistung zudem in Krisenländern wie Spanien (minus 0,1 Prozent)

und Italien (minus 0,2 Prozent) gleichzeitig weniger stark zurückging als zuletzt, konnte der Euro-Raum insgesamt erstmals seit sechs Quartalen wieder leicht um 0,3 Prozent zum Vorquartal wachsen, wie das europäische Statistikamt Eurostat am Mittwoch in Brüssel berichtete.

Damit haben die Euro-Länder die längste Rezession ihrer jungen Geschichte überwunden. Überraschend deutlich konnte dabei das Euro-Krisenland Portugal das tiefe Tal der Rezession verlassen: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs um 1,1 Prozent und damit so stark wie in keinem anderen Land in der Euro-Zone.

► Leitartikel Seite 2

## Entspannung an der Zapfsäule

Steigende Ölreserven sichern Versorgung mit Benzin und Diesel – Spritpreise im Land niedriger als vor einem Jahr

VON MARKUS GRABITZ AUS BERLIN

STUTTGART/BERLIN. Das Ölzeitalter geht nach Überzeugung von Experten noch lange nicht zu Ende. Gründe sind neu erschlossene Vorkommen und neue Technologien. Die Spritpreise werden in Zukunft allenfalls moderat steigen.

Zum Beginn der Sommerferien war Benzin in Baden-Württemberg nach Angaben des Mineralölwirtschaftsverbands (MWV),

des Dachverbands der Branche, im Schnitt zweieinhalb Cent je Liter günstiger als am ersten Ferientag 2012. Diesel war sogar fünf Cent günstiger. Als Ursache sehen Analysten eine entspanntere Lage an den Welt-Rohölmärkten. Die Wirtschaft in China habe zuletzt an Dynamik verloren, und damit sei die Ölnachfrage leicht gesunken. Auch mittelfristig bleibe der Ölmarkt reichlich versorgt.

Bislang haben Experten stets prognostiziert, dass die weltweiten Ölvorräte zur Neige gehen. Davon kann heute nicht mehr die

Rede sein. Bei einem Ölpreis von rund 100 Dollar (75 Euro) je Barrel (159 Liter) sei ein Ende des Ölzeitalters nicht absehbar, sagte Eugen Weinberg, Leiter der Rohstoff-Analysten bei der Commerzbank, unserer Zeitung. Derzeit liegt der Preis für Nordseeöl bei 109 Dollar. Beim MWV sieht man es ähnlich. Hauptgeschäftsführer Klaus Picard sagte: „Die globale Versorgung mit Benzin und Diesel ist langfristig gesichert. Aufgrund neuer Funde und Technologien ist ein Enddatum der Ölförderung nicht in Sicht.“

Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte wurden die Angaben der gesicherten Erdölreserven kontinuierlich nach oben korrigiert. 1982 ging die Branche davon aus, dass es weltweit 725 Milliarden Barrel Öl gibt, die zu vertretbaren Preisen gefördert werden könnten. 1992 wurden die gesicherten Reserven dann mit 1039 Milliarden Barrel angegeben.

2002 ging man von 1321 Milliarden Barrel aus. 2012 schließlich wurde ein Wert von 1668 Milliarden Barrel angegeben.

## Kommentar

### Ohne Moral

Der Westen hat in Ägypten nur ein Interesse: Stabilität

VON NORBERT WALLET

Wenn in diesen Tagen Ägypten im Chaos versinkt, sollten sich westliche Beobachter aller moralgeschwängerten Urteile enthalten. Schon deshalb, weil der Westen viel zu lange Diktator Mubarak gewähren ließ, ohne auf einen frühzeitigen schrittweisen Reformprozess zu dringen. Nun ist das Pulverfass explodiert.

Aber weder sind die Muslimbrüder die unschuldigen Opfer noch das Militär der standhafte Verteidiger einer säkularen Demokratie. Das Militär, das immerhin lässt sich sagen, ist in die Falle gegangen. Es hat aufseiten der Muslimbrüder Märtyrer geschaffen, und die Bruderschaft wird das mit Vehemenz propagandistisch auszunutzen wissen. Und nach der Propaganda folgt womöglich neue Gewalt.

Statt moralische Klischees zu bemühen, muss der Westen eine nüchterne Analyse der eigenen Interessen vornehmen. Bürgerkrieg schafft Armut und ein Machtvakuum, den besten Nährboden also für Fundamentalisten, Terroristen und die Ausdehnung der Machtsphäre der iranischen Mullahs. Und er bringt Israel in eine Lage, in der an beiden großen Grenzen Chaos herrscht. Israels Sicherheit gehört zur deutschen Staatsräson, heißt es doch. Allein das zwingt die Bundesregierung, die Entwicklungen in der Region höchst intensiv im Auge zu behalten. Es ist übrigens diese Situation wachsender Unsicherheit, die die Israelis an den Verhandlungstisch mit den Palästinensern zwingt.

Das einzige echte Anliegen des Westens ist Stabilität in Ägypten. Einfluss haben die USA und Verbündete allenfalls auf die Militärs. Die sind vielleicht nicht besser als die andere Seite, aber vielleicht empfänglich für Druck und Argumente. Mit Moral hat das nichts zu tun, aber mit nüchterner Interessenpolitik.

n.wallet@stn.zgs.de